



Protokoll

Sozialausschuss | Sitzung

10. Dezember 2025, 16:30 Uhr bis 18:10 Uhr

öffentlich

Rathaus am Marktplatz, Großer Sitzungssaal

Vorsitzende: Bürgermeisterin Yvette Melchien

Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 22

Abwesende Mitglieder: 0

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet die Vorsitzende Frau Michaela Endres, ordentliches Mitglied (DW Karlsruhe), Herrn Michael Krichely, ordentliches Mitglied (Jüdischer Wohlfahrtsverband Karlsruhe).

Öffentlicher Teil:

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal.

Die Reihenfolge der Tagesordnung wird einstimmig geändert: die Tagesordnungspunkte 3 und 4 werden vorgezogen.

TOP 3 Teilhabe-Monitor 2025 – Eingliederungshilfe in der Stadt Karlsruhe - Vorlage -

Frau Schlindwein (SJB) führt in den TOP ein.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Sie würde den vorgelegten Bericht der Verwaltung gerne „zurückgeben“. In dem Bericht fehlen die Zahlen über die Bedarfe der teilhabeberechtigten Eingliederungshilfeempfänger*innen insbesondere der Pflegebedürftigen sowie der jungen Erwachsenen, welche weiteren Schritte nötig sind und wie diese angegangen werden können. Die Elterninitiative „Miteinander besser Leben“ hat Zahlen zu den Bedarfen vorgelegt. Der Monitor soll um diese ergänzt werden, zusätzlich mit Aufnahme der jungen Erwachsenen, die bereits die Schule verlassen haben. Des Weiteren wird gewünscht, notwendig werdende Schritte mit Angabe der erforderlichen Haushaltsmittel darzustellen und erneut dem Sozialausschuss vorzustellen.

Frau Stadträtin Döring (KAL): Kann es im Bericht eine stärkere Differenzierung der Altersstruktur geben, da die Spanne der 25- bis 50-Jährigen aufgrund der unterschiedlichen Bedarfe (z. B. Pflege) sehr groß ist? Wie viele Plätze gibt es bei den Versorgungssystemen in den einzelnen Einrichtungen, wie viele Anfragen gibt es und wie ist die Belegung?

Frau Stadträtin Kaufmann (DIE LINKE.): Für die Haushaltssicherung sollen 3,6 Millionen Euro bei der Eingliederungshilfe durch bessere Fallsteuerung eingespart werden. Wie sieht hier zukünftig die Budgetaufteilung aus und wie kann sich trotz der Einsparungen die Teilhabe weiterentwickeln?

Frau Langeneckert (SJB): Der Teilhabe-Monitor wurde aufgrund der Änderungen des BTHG strukturiert und mit den zur Verfügung stehenden Zahlen befüllt. Die Anregungen werden im nächsten Monitor in zwei Jahren aufgegriffen.

Frau Schlindwein: Die Verwaltung steht mit der Elterninitiative im Austausch. Die Abbildung einer differenzierten Altersstruktur kann im nächsten Monitor erfolgen. Eine Pflegebedürftigkeit schließt eine weitere Begleitung in Maßnahmen der Eingliederungshilfe nicht aus.

Herr Klein (SJB): Für Wohnraum in der Eingliederungshilfe steht die Verwaltung mit privaten Eigentümerinnen und Eigentümern sowie mit Trägerinnen und Trägern in Verhandlungen. Die Einsparsumme in der Eingliederungshilfe ist ein Mix aus verschiedenen Maßnahmen, welche bei den Leistungsbeziehenden nicht spürbar werden. Beispielsweise durch ein effizientes Leistungscontrolling oder durch den Wegfall von Projekten von Trägerseite, da das nötige Personal nicht gefunden wurde.

Die Vorsitzende: Die Differenzierung der Altersstruktur und die weiteren Anregungen werden in die reguläre Fortschreibung aufgenommen. Der Monitor wird in zwei Jahren wieder im Sozialausschuss vorgestellt. Auf die Bedarfe, die durch die Elterninitiative bekannt sind, soll so schnell wie möglich von Verwaltungsseite eingegangen werden.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt den vorgelegten „Teilhabe-Monitor 2025“ – Eingliederungshilfe in der Stadt Karlsruhe zur Kenntnis.

TOP 4 Begleitete Pflege- und Wohnmöglichkeiten sowie tagesstrukturierende Angebote für junge Erwachsene mit schweren und komplexen Behinderungen in Karlsruhe
- Stellungnahme zum Antrag -

Antragsteller*in: KAL, GRÜNE, SPD, FDP/FW, Die Linke., Volt

Frau Stadträtin Döring: Sie sieht den Sicherstellungsauftrag der Stadt Karlsruhe nicht gewährleistet. Es gibt dringenden Bedarf, die im Antrag aufgeführten Punkte auszubauen und die nötigen Zahlen für die Ermittlung der Bedarfe zu erheben. Eine regelmäßige Berichterstattung im Sozialausschuss über den aktuellen Stand und die Ergebnisse wird gewünscht. Für die Familien und alle Beteiligten wäre es sehr hilfreich, wenn es eine zentrale Stelle geben würde, die Auskunft über alle Möglichkeiten geben kann, und eine Datenbank, in der entsprechende freie Plätze zu finden sind. Unter welchen Voraussetzungen kann die Jugendhilfe über das 18. Lebensjahr hinaus gewährt werden?

Herr Stadtrat Dujmovic (GRÜNE): Bei der Stellungnahme zu Nummer 3 sollten die Zahlen der Elternumfrage „Miteinander besser Leben“ aufgenommen oder, falls diese nicht belastbar sind, von der Verwaltung ermittelte Zahlen vorgelegt werden. Die Fraktionen

benötigen das Aufzeigen der weiteren Wege mit Gegenrechnung der Kosten, damit im Sozialausschuss perspektivische und langfristige Entscheidungen getroffen werden können.

Die Vorsitzende: Die Verwaltung erkennt die Bedarfe und arbeitet weiterhin an der Umsetzung von weiteren begleiteten Pflege- und Wohnmöglichkeiten sowie tagesstrukturierenden Angeboten für junge Erwachsene mit schweren und komplexen Behinderungen in Karlsruhe.

Herr Klein: Derzeit ist ein Projekt in Planung, in welchem eine Wohngemeinschaft für junge Menschen mit geistig/körperlicher Behinderung, Mehrfachbehinderung und Pflegebedarf implementiert werden soll.

Herr Barton (AWO): Träger sind Unternehmen und haben die Aufgabe, sich wirtschaftlich zu orientieren. Als Sozialträger stehen sie auch in der Verpflichtung, sich anwaltschaftlich gegenüber den Menschen zu verhalten. Deshalb ist Nachhaltigkeit Pflicht, was sich für die Träger aufgrund der Unsicherheit in der Sozialwirtschaft als schwierig darstellt. Bei der Umsetzung von Projekten, z. B. Pflege-WG's, gibt es Stolpersteine, wie beispielsweise die Kosten einer Präsenzkraft, was nicht auf kommunaler Ebene gelöst werden kann. Teils angebotene Immobilien/Pflegeheime sind aufgrund des Sanierungsstaus für einen Kostenträger nicht darstellbar. Er regt an, einen runden Tisch mit Kostenträgern, Kommunalpolitik, Leistungsträgern, Angehörigen und Betroffenen ins Leben zu rufen, um die Bedarfslage und welche Wege angegangen werden können, zu thematisieren.

Herr Nees (SJB): Das SGB VIII, Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, nimmt systemisch die ganze Familie in den Blick. Ziel ist es, die Familien im Rahmen der Volljährigkeit zu begleiten und den Übergang von der Jugendhilfe in die Eingliederungshilfe individuell ohne Leistungsabbrüche zu gestalten. Mit den Trägerinnen und Trägern sind Vereinbarungen zu treffen, die sowohl im SGB VIII, als auch SGB IX Gültigkeit haben.

Die Vorsitzende: Die Anregung eines runden Tisches wird aufgenommen.

Beschluss: Die Antragsteller werden eine schriftliche Rückmeldung geben, ob der Antrag als erledigt betrachtet werden kann.

TOP 1 Karlsruher Pässe, Kinderpass Sachstand und niederschwellige Zugänge zu Leistungen für Familien sowie Haushaltssicherungsmaßnahmen
- Vorlage -

Herr Gotzmann (stja) führt in den TOP ein.

Frau Stadträtin Anlauf: Der Sachstand über die beschlossenen Veränderungen bei den Karlsruher Pässen/Kinderpass soll zeitnah nach einem Jahr den Gremien vorgestellt werden.

Herr Stadtrat Tröndle (SPD): Die Öffentlichkeitsarbeit sollte für eine mögliche Beteiligung von ehrenamtlich getragenen Vereinen und Unternehmen ausgebaut werden.

Herr Gotzmann: Die Evaluierungen und Weiterentwicklungen werden im Jugendhilfeausschuss und weiteren Gremien vorgestellt. Neue Kooperationen mit ehrenamtlichen Vereinen werden eingegangen und oft gelingt dies auch durch die Passberechtigten, die auf die Vereine proaktiv zugehen. Die Öffentlichkeitsarbeit wird immer weiter ausgebaut, z. B. gibt es alle aktualisierten Angebote auf einen Blick und in verschiedenen Sprachen.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss und Entscheidung im Gemeinderat die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 2 Suchthilfe-Monitor 2025
- Vorlage -

Frau Sailer (SJB) führt in den TOP ein.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Reicht die Kapazität in den Kindergruppen „Regenbogen“ aus, da das Projekt „KiD“ nicht weiterverfolgt werden kann. Gibt es eine Erklärung, warum nur 10 bis 15 Prozent der Betroffenen Suchterkrankten bei Alkohol die Suchtberatungsstellen aufsuchen? Fehlen für den Ausbau der Prävention weitere Ressourcen, kann man Kräfte bündeln oder das ehrenamtliche Engagement weiter ausbauen?

Herr Stadtrat Kalmbach (FÜR): Gibt es eine Erklärung, warum Männer zweimal so viel von Suchterkrankungen betroffen sind?

Herr Stadtrat Tröndle: Können die wichtigen Funktionen der Selbsthilfegruppen im nächsten Suchthilfe-Monitor mitaufgenommen werden?

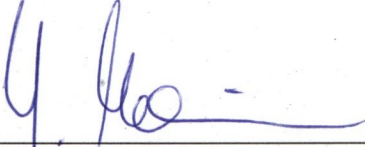
Frau Sailer: Die „Regenbogen“-Gruppen für Kinder von sucht- und psychisch kranken Eltern haben eine wichtige Funktion. Das Fachwissen muss im Rahmen einer Übergabe an die Kolleginnen verteilt werden. Die Kollegin von „KiD“ bleibt dem Drogenhilfesystem erhalten, auch wenn das Angebot nicht mehr so intensiv betreut werden kann. Alkohol wird in der Gesellschaft verharmlost dargestellt und nicht kritisch gesehen, deshalb suchen oft erst Schwersterkrankte die Suchtberatungsstellen auf. Die Prävention ist ein wichtiger Faktor, weshalb das Ehrenamt auch eine wichtige Funktion darstellt, besonders bedarf es mehr Prävention in der Jugendarbeit. Auf die wichtige Arbeit der vielen Selbsthilfegruppen kann im nächsten Suchthilfemonitor näher eingegangen werden. Drogen- und Alkoholerkrankungen betreffen stärker Männer, dagegen sind mehr Frauen von Essstörungen und Medikamentenabhängigkeit betroffen.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt den Suchthilfe-Monitor 2025 sowie die aktualisierte Zusammenstellung der Suchthilfe Karlsruhe zur Kenntnis.

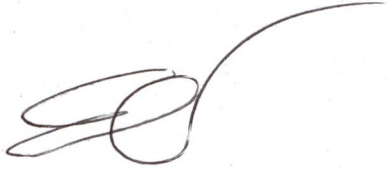
Die Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Karlsruhe, den 18. Dezember 2025

gesehen und genehmigt:



Yvette Melchien
Bürgermeisterin


13.01.26

Carmen Edler
Schriftführerin